Emanzipation gegen globale Erwärmung

(kardan) Die globale Erwärmung betrifft alle, mit existentiellen Folgen für jene, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Diese Ungerechtigkeit wird verschärft durch den Umstand, dass die 90 hauptsächlich verantwortlichen Unternehmen ihre Emissionen nicht senken, sondern in einem Wettlauf sogar vergrößern. Ob sich die Verantwortung auf einzelne Unternehmen eingrenzen lässt, ist eine Frage für sich, aber in der Art wie die fossile Industrie ihren Einfluss auf die Politik geltend macht, verhindert sie wirksame Methoden zur Senkung von Emissionen und sorgt dafür, dass marktkonforme Lösungen wie CO_2-Zertifikate für sie keine Kosten verursachen. Weil Zertifikate kostenlos an die größten Verbraucher verschenkt werden, liegt der Preis pro Tonne im März beo 4,91 Euro / Tonne. Was sind mögliche Antworten?

Bundregierung hofiert fossile Industrie

RWE steht laut FAZ vor dem Aus, wird aber von der Bundesregierung gerettet mit 1,6 Mrd. für das Stillegung veralteter ineffektiver Kraftwerke. Die energiehungrige Industrie (in NRW) fordert langfristig biligen Strom, um mit chinesischen Exporten wettbewerbsfähig zu sein. Die Subventionen für die Stahlindustrie belaufen sich auf 2 Mrd. pro Jahr, 900 Mio allein für Zertifikate. Ingenieur*innen haben im Land der Hochtechnologie einen großen Einfluss, so groß, dass die IG BCE durch erfolgreiches Lobbying erreicht, dass die Bundesregierung gegen den Vertrag von Paris verstößt. Dieser enthält freiwillige und nicht bindende Zusagen von Teilnehmden Staaten, Emissionen einzuschränken, um die Erwärmung bis 2100 auf 1,5°C zu begrenzen. Doch dies ist Sand in die Augen der Allgemeinheit, weil bereits ohne weitere Emissionen ein Anstieg um ein weiteres Grad (ingesamt 2 °C) bis 2040 zu erwarten ist.

Wenn Industrieunternehen mehr als 17% ihres Umsatzes für Strom rausschmeißen, werden sie dafür mit der Befreiung von der EEG-Umlage belohnt. Gleichzeitig werden Unternehmen für Einsparungen bestraft, wenn sie z.B. durch effektivere Technik oder Prozessoptimierungen unter diese Grenze fallen. Daher fordert die IG BCE eine 80%-ige Befreiung von CO_2-Äquvalenten wenn der Anteil über 14 % liegt. Zu rechtfertigen wäre eine solche Befreiung aber nur, wenn es für Verträge mit Ökostromanbietern.

Chemie- und Stahlindustrie (in NRW) bestehen auf günstigen, steuerbefreiten Strom ohne Belastung durch CO_2-Äquivalente. Die Stahlinudstrie sieht in einem Preiskampf mit China und droht wie gewöhnlich wird mit Standortverlagerungen ins Ausland. Das sind Nebelkerzen, denn nur größere Player können sich dies überhaupt leisten und die Erfahrungen nach zahlreichen Rückverlagerungen zeigen, dass Zugang zu qualifiziertem Personal, Partizipation, Produktqualität und Lebensqualität als wichtigere Erfolgsaktoren gegenüber Stückkosten und Lohnniveau anzusehen sind. Die Vertretung von Partikularinteressen der fossilen Industrie macht auch volkswirtschaftlich keinen Sinn, den „unser“ Wohlstand begründet sich auf Automatisierung, hohe Qualifizierung und steuerbasierte Sozialversicherungen. Dem Ruf zum Erhalt von Arbeitsplätzen wird aber meist nur nachgekommen, wenn die Gewinnspanne stimmt und Steuern zu erwarten sind. Gefördert werden also eher Großunternehmen, als der Mittelstand. Wenn ein Autokanzler eine Branche bevorzugt gilt dies als vertretbar, wenn auch etwas anrüchig. Dafür werden auch ungenutzte Halden produzierter aber nicht nachgefragter Neuwagen hingenommen.

Auch wenn wir durch diese Prozesse durch Konsumverhalten nicht direkt steuern können, profitieren wir alle von der Überproduktion. Dieser sogenannte Trickle Down-Effekt führe dazu, dass Wohlstand nicht nur der besitzenden Elite und qualifizierten Beschäftigten zu Gute kommt, sondern auf Umwegen auf die ganze Gesellschaft niederregne. Das ist teilweise wahr, auch wenn dadurch nicht alle finanziell über der Armutsgrenze leben können und viele trotz Job(s) zu wenig verdienen, um sich die Produkte zu kaufen, die sie mitproduziert haben. Allerdings beschreibt Armut eher einen Mangel sozialer Interaktion und Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, das Einkommen ist dabei eher sekundär und spielt für Menschen, die ohne Geld leben, keine Rolle.

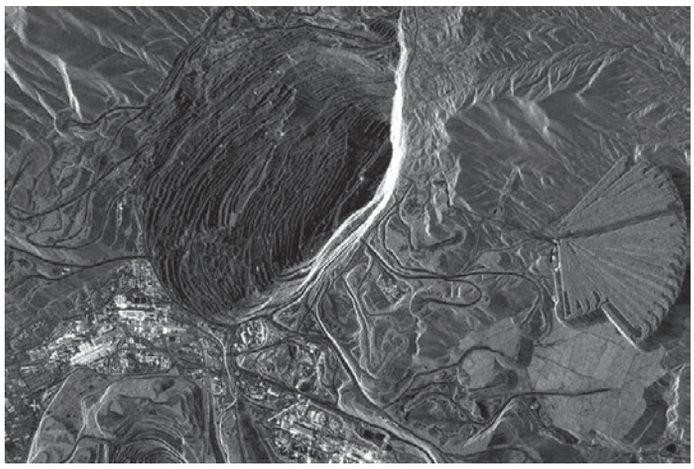
Klimaschutz nach dem Geschmack von IG BCE und Bundesregierung: Kahlschlag für den Tagebau Hambach im Frühjahr 2016. Sind Arbeitsplätze wichtiger als Ökosysteme?

Fossile Infrastruktur zerstören!

Wer sind die größten Emittenten? Wer in der Politik unterstützt diese? Was können wir dagegen tun? Neben Onlinepetitionen, Protestbriefen, zivilem Ungehorsam wäre das irreversible Abschalten von Kraftwerken das effektivste Mittel, Emissionen zu senken. Da wir nicht entschlossen genug sind, Angst vor langjährigen Haftstrafen haben, bzw. die Organisiertheit fehlt, geschieht das nicht, obwohl wir wissen, dass es notwendig ist. Tun was wir wissen!

Extraktivismus ist nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern ein Zeichen mangelnder Gerechtigkeit und Partizipation. Der Diskurs darüber sollte auf fundamentale Änderungen der Entscheidungsstrukturen abzielen, statt brav die vorgegebenen Nicht-Kommunikationsmuster zu bedienen.

Neben sinnvollen Projekten wie Klimaschutzwettbewerbe für Kitas, Schulen und Kommunen fördert die Energieagentur NRW den Industrieaustausch und bringt im September beim Workshop „Untertageprozesse und Automation im chilenischen Kupferbergbau“ Produktionsunternehmen von Bergbautechnik mit dem staatlichen Kupferkonzern Chiles Codelco zusammen. Dieser betreibt in Chuquicamata den größten Tagebau der Welt s. Foto) mit einer Tiefe von 1.100 Metern (Kupfer wurde bis 1,8 km Tiefe nachgewiesen. Geplant sind 45 Mio. Tonnen Erzförderung pro Jahr). Außerdem untersucht Codelco das Regenwaldgebiet Intag in Ecuador. Chilenische Kupfervorkommen machen 40% der Weltreserven aus.



Sieht aus wie Kunst muss aber weg: Kupfertagebau Chuquicamata in Chile